

DER TAGESSPIEGEL

RERUM CAUSAS
COGNOSCERE



Anpiff am 9. Mai?
Lobby-Arbeit für „Lex
Bundesliga“ – Seite 16

Balkonpanoramen:
Leser fotografieren
ihre Aussicht – Seite 9

Epochenbruch: **Heinz Bude** über
das Ende des Neoliberalismus
und Staatsvertrauen – Kultur, Seite 19

BERLIN, DIENSTAG, 21. APRIL 2020 / 76. JAHRGANG / NR. 24 159

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 1,90 €, AUSWÄRTS 2,60 €, AUSLAND 2,80 €

Pflichtstoff

Maske auf in Bussen, Bahnen und Geschäften – das könnte bald in ganz Deutschland gelten. Nach Sachsen hat auch Bayern eine Mundschutzpflicht verfügt. Landeschef Markus Söder übt schon mal. Wie es in den Bundesländern weitergehen soll, ist unter den Ministerpräsidenten aber umstritten – Seite 4



Fotos: Peter Kneffel/dpa

Öffnungsdiskussion Merkels Ausbruch

VON STEPHAN-ANDREAS CASDORF

Das überrascht sie uns mal wieder. Die Kanzlerin hat doch bisher in der Pandemiekrise so sehr auf Sachbezogenheit gesetzt, entsprechend zurückgenommen formuliert, und wenn überhaupt anders, dann verständnisvoll auf die Einhaltung von Regeln bestanden. Wie, ja doch, eine Landesmutter. Als ob Angela Merkel in der letzten Phase ihrer Kanzlerschaft dem Spitznamen „Mutti“ alle Ehre machen wollte. Und dann das: In einer Schalkonferenz des Präsidiums ihrer Partei, der CDU, fährt sie die Teilnehmer schroff an und warnt vor „Öffnungsdiskussionsorgien“.

Also erst einmal zur Sache, die sie meint: Das sind Diskussionen über Forderungen nach mehr Lockerungen als den jetzt vorsichtigen, die die Länder mit dem Bund beschlossen haben. Voran mit ihr, der Kanzlerin. Lockerungen? Das will die Kanzlerin eigentlich auf keinen Fall, deshalb der Ton. Dazu ist sie auch viel zu sehr Wissenschaftlerin, vertraut sie dem Urteil der Wissenschaft mehr als allen in der Politik, um sich dem nicht entgegenzustellen. Weitere Lockerungen, das ist also Merkels Botschaft, kommen nicht infrage. Für sie nicht, für uns nicht. Weil sie im Nachlassen bei den Kontaktbeschränkungen ein größeres Risiko sieht als in einer anhaltenden Einschränkung der persönlichen Freiheit der Bürger.

Womit wir mitten im Politischen sind. Es war und ist Ziel aller Regierungsmaßnahmen, die Kurve der Infektionen abzufachen, damit das Gesundheitssystem weiter funktioniert – aber darum ist es doch zugleich immer wieder erklärungsbedürftig, ja erklärungs-pflichtig, warum das jetzt weiter notwendig sein soll. Sehr genau, sehr bedacht, ohne Schärfe. Denn so, das hat sich gezeigt, erreicht die verantwortliche Politik, dass die Bürger in ihrer großen, sehr großen Mehrheit von 91 Prozent die Maßnahmen mittragen. Und das weiter tun, weil sie das Ganze als sinnvoll ansehen, als solches verstanden haben. Was doch gut ist!

Um aber genau das nicht zu gefährden, darf es nicht nur keine Denkverbote geben, sondern muss es zugleich jetzt auch Debatten darüber geben dürfen, wann der Ausnahmezustand ein Ende haben kann. Es ist doch nicht alles schon in Ordnung, bloß weil es von der Regierung oder von „Mutti“ Merkel kommt. Obrigkeitliche Haltung ist da weder Bürgerpflicht noch hilfreich. Eher stärkt es Vorbehalte, als dass es sie verringert oder die Bereitschaft erhöht, die schwersten Einschränkungen von Grundrechten seit dem Zweiten Weltkrieg klaglos hinzunehmen. Für eine gefühlte Ewigkeit.

Zumal das Bundesverfassungsgericht auch schon mit einer Art Erörterung beginnt, beim Versammlungsverbot etwa. Vorsichtig, sicher, aber es spricht inzwischen in einer Weise, das klar wird: Was nicht zwingend notwendig ist, ist nicht verhältnismäßig als Leitlinie ist nicht zu kritisieren – vielmehr ist deshalb tatsächlich zu diskutieren, was wie lange fort-dauern soll. So drängt das Verfassungsgericht als Hüter des kostbarsten Guts unserer hart errungenen Demokratie dazu, jedes Demonstrationsverbot differenziert zu begründen, nicht einfach nur „wegen Corona“ etwas zu verbieten. Eine Diskussionsorgie wird daraus noch lange nicht.

Immerhin ist es doch gang und gäbe, dass jede Landesregierung – und hoffentlich bald auch jedes Landesparlament, das im Bund sowieso – täglich darüber redet, was geeignet, erforderlich und angemessen ist, um unser aller Gesundheit, Leben und Gesundheitssystem zu sichern. Bei Geschäftsschließungen zum Beispiel. Da kann man doch mal fragen, so wie Handelskammern, ob es mit dem Abstand in Kaufhäusern nicht auch klappen könnte.

So gesehen ist es ganz hilfreich, dass die Kanzlerin uns mit ihrem Ausbruch überrascht. Wenn der auch nicht öffentlich war, sondern später erst wurde – das erinnert doch an den Wert der öffentlichen Diskussion über politisches Handeln. Auch in Krisenzeiten, noch dazu wo es um die Grundlagen geht, die der Gesundheit und des Staates.

Merkel gegen „Öffnungsdiskussionsorgien“

- Kanzlerin: Steigen Zahlen zu stark, kommt neuer Shutdown
- Immer mehr Bundesländer führen Maskenpflicht ein
- Berlins Gesundheitssenatorin unterstützt Corona-Boni
- Telefonische Krankschreibung doch weiter möglich

VON HANNES HEINE UND GEORG ISMAR

BERLIN - Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich besorgt gezeigt über die Lockerungsdebatten und vor neuen einschneidenden Maßnahmen in der Coronakrise gewarnt. In einer Schalkonferenz des CDU-Präsidiums kritisierte Merkel am Montag ungewöhnlich scharf „Öffnungsdiskussionsorgien“ in einzelnen Bundesländern. Dies brachte ihr den Vorwurf von Denkverboten ein, es wurden Parallelen zu früheren Aussagen von einer Alternativlosigkeit ihrer Politik gezogen.

Nach einer Sitzung des Corona-Kabinetts der Bundesregierung versuchte Merkel in einer Pressekonferenz deutlich zu machen, was auf dem Spiel stehe, wenn jetzt zu schnell das öffentliche Leben angefahren würde. „Es wäre jammerschade, wenn wir sehenden Auges in einen Rückfall gehen.“ Man dürfe sich „keine Sekunde in Sicherheit wiegen“, betonte die Kanzlerin. Sie habe nichts gegen eine gesellschaftliche Diskussion über weiter gehende Lockerungen, aber wenn die Infektionszahlen wieder exponentiell steigen würden, sei ein neuer „Shutdown“ unvermeidlich. Dies müsse auch im Interesse der Wirtschaft verhindert werden, betonte Merkel. Man sei noch „lange nicht über den Berg“.

Wie sich die seit Montag in Kraft getretenen Lockerungen mit einer Öffnung von Geschäften mit bis zu 800 Quadratmeter Verkaufsfläche auf die Infektionszahlen auswirkten, könne noch keiner sagen. Das sehe man erst in rund 14 Tagen.

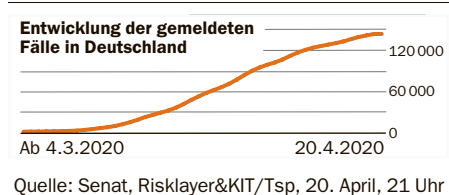
Unter anderem in Hessen, Nordrhein-Westfalen, in Hamburg sowie im Saarland dürften Bürger auch wieder in größere Geschäfte, in Rheinland-Pfalz öffnen auch Outlet-Center wieder.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) kritisierte Merkel für ihre Kritik an den Öffnungsdiskussionen scharf. „Auch die Bundeskanzlerin steht nicht über dem Gesetz. Angela Merkel maßt sich in der Coronakrise Regelungskompetenzen an, die sie nicht hat“, sagte Kubicki der dpa. Zuständig seien nach dem Infektionsschutzgesetz nun einmal die Länder. „Rechtlich eindeutig ist: Nicht die Öffnung muss gerechtfertigt werden, sondern die Aufrechterhaltung der Schließung“, sagte Kubicki. Die Länder müssten selbst abwägen, ob massive Beeinträchtigungen von Grundrechten gerechtfertigt seien. In Bayern mit einem derzeit vierfach höheren Infektionsrisiko müsse das anders behandelt werden als in Schleswig-Holstein, sagte Kubicki.

In Berlin will der Senat am Dienstag Beschlüsse fassen. Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci warnte wie Merkel vor zu viel Lockerung. Die Quote der verstorbenen Infizierten liege im Bundesschnitt bei 3,1 Prozent aller registrierten Corona-Patienten, in Berlin bei 1,8 Prozent – allerdings sei die Bevölkerung der Stadt auch jünger. Auch bei der medizinisch bedeutsamen Reproduktionsrate, also der Zahl der Personen, die ein Infizierter im Schnitt noch anstecke, stehe Berlin mit 0,6 besser da als der Bund mit 0,8.

Die SPD-Politikerin Kalayci sagte im Gesundheitsausschuss des Abgeordne-

| VIRUS in Zahlen | |
|-------------------------|-------------------------|
| Berlin | Deutschland |
| Bestätigte Fälle | Bestätigte Fälle |
| 5265 | 146 398 |
| Tote | Tote |
| 97 | 4706 |
| Genesene | Genesene |
| 4015 | 88 000 |



Quelle: Senat, Risklayer&KIT/Tsp, 20. April, 21 Uhr

tenhauses, Geschäfte, Bahnen und Büros dürften in den nächsten Tagen sukzessive wieder voller werden.

Kalayci ging auch auf die Klinikbeschäftigten bei Charité und den Vivantes-Häusern ein: Wie berichtet fordern 4500 Unterzeichner von Rot-Rot-Grün einen Corona-Pakt über bessere Schutzausrüstung, 500 Euro Risikozuschlag pro Pandemienonat und eine vorsorgeorientierte Krankenhausfinanzierung. Die Initiative sei „genau richtig“, sagte Kalayci, allerdings herrschten auf Bundesebene verschiedene Vorstellungen. Es gehe nun darum, bundeseinheitliche Boni-Regeln und Tarifverträge für landeseigene Tochterfirmen wie das dieser Tage hochfrequentierte „Labor Berlin“ einzuführen. In

Berlin sei zudem eine repräsentative Testung von Pflegekräften auf das Coronavirus geplant. Nächste Woche solle das Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Untersuchungsstellen anlaufen, sagte Kalayci.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) will nach Tagesspiegel-Informationen am Dienstag in der Senatssitzung eine Maskenpflicht für Busse und Bahnen vorschlagen. In der rot-rot-grünen Koalition gibt es allerdings Vorbehalte. Die Co-Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Silke Gebel, sagte: „Es gibt aktuell viel zu wenige medizinische Mundschutze, da ist eine Maskenpflicht kontraproduktiv. Sinnvoller ist die Empfehlung von Communitymasken, die freiwillig verwendet werden.“

Nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern führt auch Bayern eine Maskenpflicht in Geschäften und im öffentlichen Nahverkehr ein. Von der kommenden Woche an sollen Mund-Nasen-Schutz, Alltagsmasken oder auch Schals Pflicht sein, sagte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in einer Regierungserklärung im Landtag in München. „Man nennt das im Allgemeinen auch eine Maskenpflicht.“

Bund und Länder hatten vergangene Woche das Tragen „dringend empfohlen“, aber zunächst auf eine bundesweit einheitliche Pflicht verzichtet, auch weil es bisher nicht genug Masken gibt. Bund und Länder wollen am 30. April entscheiden, wie es mit den trotz der Lockerungen zunächst bis 3. Mai verlängerten Ausgangsbeschränkungen weitergehen soll. Das Corona-Kabinett setzt darauf, dass

die Ansteckungszahlen sich so weit verlangsamen, dass wieder alle Infektionsketten nachverfolgt und infizierte schneller isoliert werden können.

Helfen sollen auch sogenannte Kontaktnachverfolgungsteams, wie das Kabinett beschlossen hat. Pro 20 000 Einwohner soll mindestens ein fünfköpfiges Team im Einsatz sein. Zudem sollen 105 mobile Teams – finanziert vom Bundesgesundheitsministerium – geschaffen werden, um bei Engpässen Kommunen vor Ort zu unterstützen. Ab Mittwoch gibt es eine Meldepflicht für Gesundheitsämter, die die Nachverfolgung nicht leisten können, diese müssen das den Landesgesundheitsbehörden anzeigen, dann könnten Bundeswehrangehörige mithelfen, um mögliche Kontakte von Infizierten ausfindig zu machen.

Eine Rolle rückwärts gab es bei der eigentlich seit Montag nicht mehr gültigen Sonderregelung zur telefonischen Krankschreibung. Nach Protesten ist diese nun doch weiterhin möglich.

ZUM THEMA

- **Auf der Anklagebank**
Der Druck auf China wächst 2
- **Rütteln an Tabus**
Was Corona möglich macht 4
- **Alle gleich?**
Die Krise und das Grundgesetz 6
- **Tag der Entscheidung**
Was in Berlin heute beschlossen wird ... 7
- **Gar nicht super**
Warum Einkaufen ein Risiko ist 13

„Wir könnten die Ersten sein“

Schweizer Labor verspricht schnelle Bereitstellung eines Corona-Impfstoffs

GENÈVE - Im weltweiten Rennen um einen Corona-Impfstoff rechnet sich der Schweizer Immunologe Martin Bachmann gute Chancen aus. „Wir könnten einer der Ersten sein, wenn nicht der Erste“, sagte der Leiter Immunologie am Universitätsspital Bern am Montag. Der Professor und sein Institut verfolgen einen ehrgeizigen Plan: Ab Oktober könnten zuerst die Menschen in der Schweiz seinen neuen Impfstoff erhalten, ab Februar 2021 solle der „Rest der Welt“ gegen die Atemwegserkrankung Covid-19 immunisiert werden.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO kalkulierte noch im Februar mit einer Zeitspanne von 18 Monaten, um die

Menschen mit einem Impfstoff zu versorgen. Inzwischen arbeiten Dutzende Forscherteams mit Hochdruck an der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Coronavirus.

Ein Grund für Bachmanns Zuversicht liegt in flexibleren Zulassungsregeln in der Eidgenossenschaft angesichts der globalen Krise. „Die Schweiz hat eine Geschichte als eher pragmatisches Land.“ Bachmanns Team steht im Kontakt mit dem Schweizer Bundesamt für Gesundheit, der Weltgesundheitsorganisation und tauscht sich mit anderen Laboren und Institutionen aus, darunter in China. Ebenso versichert Bachmann, dass sein Team schon weit vorangekommen sei.

Testreihen des Serums mit Tieren seien erfolgreich verlaufen. Ziel müsse es sein, dass der entwickelte Stoff die Menschen sehr wirksam schützt. Zudem solle der Impfstoff optimal für ältere Menschen sein und Sicherheit gegen Nebenwirkungen bieten. Sein Team benötige für das Projekt rund 95 Millionen Euro. Bachmanns Stoff basiert auf sogenannten virusähnlichen Partikeln, die nicht infektiös sind. Derzeit würden Gespräche mit Pharmaherstellern über eine Massenfertigung geführt. „Wir planen, in der Schweiz zu produzieren.“ Auf die Frage, ob eine kostenlose Bereitstellung des Impfstoffes geplant sei, gab sich Bachmann zurückhaltend.

JAN DIRK HERBERMANN

TÜV genehmigt BER-Terminal in Schönfeld

BERLIN - Der TÜV hat nach Angaben von Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup alle Sicherheitsanlagen am künftigen Berliner Hauptstadtpark abgenommen. Das hat Lütke Daldrup am Montag überraschend im BER-Sonderausschuss des Brandenburger Landtages verkündet. Auch für die Kabelgewerke, die als letzte Hürde galten, liege die TÜV-Bescheinigung vor. Für den Start des BER am 31. Oktober 2020 gebe es nun „keine Risiken“, so Lütke Daldrup. „Die Inbetriebnahme des BER war noch nie so sicher.“ thm

— Seite 7

INDEX

WIRTSCHAFT & BÖRSEN 13–15
Nach einem Auf und Ab am Aktienmarkt hat der Dax am Montag leicht im Plus geschlossen – bei 10 675 Punkten.

WETTER 2
Häufig Sonnenschein, im Laufe des Tages einige Wolkenfelder, aber überall trocken. Mäßiger bis frischer, in Bönen starker Wind aus Ost.

LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE
TEL. ABO-SERVICE (030) 29021-500

ISSN 1865-2263

2 0 1 7

4 190662 202600